

Russlands Blockade der Häfen von Odessa könnte einen düsteren Wendepunkt im Krieg darstellen

von George Beebe,* USA



George Beebe. (Bild <https://quincyinst.org>)

(CH-S) George Beebe, Direktor für Grossstrategie am Quincy Institute, USA, beschreibt mögliche Konsequenzen aus der aktuellen militärischen Situation für die Ukraine. Sind sie einer der Gründe für die diplomatische Initiative von Steve Witkoff und Jared Kushner?

* * *

Eine Lektion für alle, die die Vorstellung vertreten, die Ukraine könne ein «Stahl-Stachelschwein» sein und eine einvernehmliche Beendigung des Konflikts vermeiden. Das ist eine Falle.

Innerhalb weniger Wochen hat sich in der Ukraine eine düstere neue Realität herausgebildet. Russland hat gezeigt, dass es nicht die gesamte ukrainische Schwarzmeerküste erobern und besetzen muss, um das Land praktisch zu einem Binnenstaat zu machen.¹ Es muss lediglich den Zugang zum äusserst wichtigen Hafenkomplex von Odessa unterbinden – was es durch Luft- und Raketenangriffe auf Hafenanlagen und sich nähernde Schiffe recht effektiv tut.

Diese Realität wird im andauernden Krieg wahrscheinlich keinen ko-Schlag bedeuten. Doch sie dürfte tiefgreifende Auswirkungen auf die ohnehin schon düsteren Nachkriegsaussichten der Ukraine haben – und damit auch auf die Konturen einer neuen europäischen Sicherheitslandschaft im Nachgang des aktuellen Konflikts.

Noch vor wenigen Monaten führte Russland kaum militärische Operationen gegen Odessa durch. Zu Beginn des Krieges drohten Angriffe Russlands und der Ukraine auf die Handelschifffahrt im Schwarzen Meer, die für die Weltmärkte lebenswichtigen Agrarexporte abzuwür-



gen. Unter dem Druck Indiens und anderer wichtiger Partner im Globalen Süden stimmte Moskau dem sogenannten «Getreideabkommen» mit der Ukraine zu, das von der Türkei und den Vereinten Nationen vermittelt wurde, um ungehinderte kommerzielle Exporte aus der Region zu ermöglichen.

In den darauf folgenden rund vier Jahren blieb das Hafensystem von Odessa für ukrainische Importe und Exporte geöffnet und wickelte etwa 90 Prozent des ukrainischen Agrarhandels ab. Russische Hardliner reagierten verärgert auf die Weigerung des russischen Präsidenten *Wladimir Putin*, den lebenswichtigen, aber verwundbaren Hafen der Ukraine anzugreifen, und murrt, Putin scheine mehr daran interessiert zu sein, Spannungen mit Staaten des Globalen Südens zu vermeiden, als die Ukraine zu besiegen.

Mehrere Faktoren haben zusammen dazu geführt, dass sich dieses Bild gewandelt hat. Einer davon war das offensichtliche Scheitern der westlichen Kampagne, Russland zu einem Paria-Staat zu machen – eine Idee der Biden-Regierung, die die Bedeutung des Globalen Südens für Moskau als Mittel zur Vermeidung internationaler Isolation noch verstärkt hatte. Ein zweiter Faktor war der Schwund der ukrainischen Luftabwehrraketen, wodurch Odessa gegenüber russischen ballistischen Raketen weitgehend schutzlos blieb und Bomberflugzeuge näher am Hafenkomplex operieren konnten, was die Genauigkeit und Zerstörungskraft der russischen Luftangriffe erhöhte.

* George Beebe ist Direktor für Grossstrategie am Quincy Institute. Er war mehr als zwei Jahrzehnte lang in Regierungsdienst als Geheimdienstanalyst, Diplomat und politischer Berater tätig, unter anderem als Leiter der Russland-Analyse der CIA und als Berater für Russland-Angelegenheiten von Vizepräsident Cheney.

Ironischerweise war der vielleicht wichtigste Faktor die von der Ukraine Ende Juni angekündigte eigene «40-tägige Einflusskampagne», die Drohnenangriffe mit grosser und mittlerer Reichweite auf die Energieinfrastruktur in Russland und die Handelsschifffahrt im Asowschen Meer umfasste. Der ukrainische Präsident *Wolodymyr Selenskyj* erklärte, die Kampagne ziele darauf ab, «den Aggressor-Staat zu beeinflussen, um ihn zur Beendigung des Krieges zu zwingen». Präsident *Trump* beschrieb dies deutlicher als eine «Eskalation, von der wir hoffen, dass sie zum Frieden führen wird».

In der Praxis ermöglichte die Eskalation es Russland jedoch, die Kritik des Globalen Südens wegen Verstössen gegen die Bedingungen des Getreideabkommens abzuwehren, indem es argumentierte, es sei die Ukraine gewesen, die den jüngsten Zyklus von Schiffs- und Hafenangriffen ausgelöst habe.

Die kurzfristigen Auswirkungen sind beunruhigend deutlich. Seit dem 22. Juli hat das russische Militär den ukrainischen Hafenkomplex in und um Odessa praktisch für den gesamten Schiffsverkehr gesperrt. Der Verlust der verbleibenden Tiefwasserhäfen hat bereits verheerende Auswirkungen auf die Agrarexporte der Ukraine – das Rückgrat ihrer Wirtschaft –, die laut Warnungen von Regierungsvertretern in den kommenden Monaten um 50 Prozent einbrechen könnten, da alternative Transportwege über Land, Schiene und Flüsse deutlich weniger Kapazität bieten und wesentlich kostspieliger sind.

Der Schaden für die ukrainische Wirtschaft dürfte kurzfristig noch beherrschbar sein, solange Europa seine Hilfsleistungen verstärkt.² Doch die Auswirkungen der Sperrung von Odessa auf die Aussichten der Ukraine für die Zeit nach dem Krieg könnten sich als weitaus tiefgreifender erweisen.

Sowohl in Washington als auch in Europa wird seit langem davon ausgegangen, dass die wichtigste Alternative zu einer kompromissorientierten Lösung des Russland-Ukraine-Kriegs darin besteht, die Ukraine in ein «Stahlstachelschwein» zu verwandeln.³ Das Konzept sieht eine schwer bewaffnete und befestigte Ukraine vor, die als Barriere gegen weitere russische Aggressionen dienen und es ermöglichen kann, den heissen Krieg in einen stabilen, eingefrorenen Konflikt übergehen zu lassen.

Befürworter dieser Vision lehnen mögliche «Land-für-Frieden»-Verhandlungen mit Moskau ab⁴ und widersetzen sich jeglichen quantitativen

oder qualitativen Beschränkungen des ukrainischen Militärs – Punkte, die nach Ansicht russischer Vertreter für jedes Friedensabkommen unerlässlich sind –, mit der Begründung, dass solche Zugeständnisse «die russische Aggression belohnen» und die Ukraine daran hindern würden, eine osteuropäische Variante Israels zu werden,⁵ ein «wichtiger Nicht-NATO-Verbündeter»,⁶ der in regionalen Angelegenheiten weit über seiner Gewichtsklasse mitspielt und als Eckpfeiler umfassenderer europäischer Verteidigungspläne dient.

Wenn Russland jedoch durch Luft- und Raketenangriffe der Ukraine die Nutzung ihrer Hafenanlagen verwehren kann, kann es auch den Wiederaufbau und die wirtschaftliche Wiederbelebung der Ukraine nach dem Krieg verhindern. Genauso wie Handelsschiffe es nicht riskieren werden, unter dem Risiko russischer Angriffe in Odessa einzulaufen, ist es unwahrscheinlich, dass Bauunternehmen russische Luftangriffe in Kauf nehmen, um Brücken, Strassen, Fabriken, Häfen und andere lebenswichtige Infrastruktur zu errichten oder zu reparieren. Auch Investoren werden keine Hunderte von Milliarden Dollar riskieren, wenn russische Raketen und Bomben jedes ukrainische Wiederaufbauprojekt innerhalb weniger Stunden zerstören können.

Ohne einen gross angelegten wirtschaftlichen Wiederaufbau und die damit einhergehenden Arbeitsplätze und Stabilität werden nur wenige der Millionen Ukrainer, die vor dem Krieg geflohen sind (die meisten nach Europa, viele aber auch nach Russland), zurückkehren. Ohne eine massive Rückführung dürfte die Ukraine in eine demografische Todesspirale geraten. Nach eigenen Angaben ukrainischer Behörden liegt die Bevölkerungszahl, die zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs der Sowjetunion bei fast 52 Millionen lag, heute zwischen 22 und 25 Millionen Menschen, von denen fast die Hälfte Rentner sind.

Laut einer Schätzung könnte die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter der Ukraine – das Rückgrat sowohl ihrer zivilen Wirtschaft als auch ihres Militärs – bis 2040 um ein weiteres Drittel schrumpfen.⁷ Die Zahl der Kinder, die die Zukunft der Ukraine verkörpern, könnte auf die Hälfte des Vorkriegsniveaus sinken.

Dies wirft eine offensichtliche, aber zu wenig diskutierte Frage auf: Wie kann eine alternde und aussterbende ukrainische Bevölkerung ohne starke wirtschaftliche Basis als «neues Sparta» fungieren,⁸ um einem siebenmal so grossen, atomar bewaffneten Russland entgegenzutreten?

Die Abriegelung von Odessa sollte den westlichen Staats- und Regierungschefs zwei wesentliche Punkte verdeutlichen. Erstens können weder die Ukraine noch der Westen die Bedrohung durch russische Luft- und Raketenangriffe allein mit militärischen Mitteln beseitigen. Zweitens wird Russland einen triftigen Grund haben, diese Angriffe fortzusetzen – selbst nachdem es gross angelegte Bodenoperationen schliesslich einstellt –, sollte der Kreml befürchten, dass der Westen die Ukraine andernfalls zu einem sicheren Hafen für Kräfte machen könnte, die die russische Sicherheit bedrohen.

Folglich wird die Alternative zu einer unbequemen Kompromisslösung des Krieges kein stählernes ukrainisches Stachelschwein sein. Es wird ein schwacher und dysfunktionaler Rumpfstaat sein, der den Ukrainern schlecht

dient und die allgemeine Sicherheit Europas untergräbt.

Quelle: <https://responsiblestatecraft.org/odessa-ports-ukraine-russia/>, 11. August 2026

(Übersetzung «Schweizer Standpunkt»)

¹ <https://responsiblestatecraft.org/tag/russia/>

² <https://responsiblestatecraft.org/regions/europe/>

³ <https://www.politico.eu/article/steel-porcupine-ukraine-volodymyr-zelenskyy-plans-defend-itself-after-war/>

⁴ <https://meduza.io/en/feature/2026/07/03/how-the-trump-putin-summit-in-alaska-spawned-the-kremlin-s-myth-of-the-spirit-of-anchorage-and-why-it-collapsed>

⁵ <https://www.jpost.com/international/article-703335>

⁶ <https://www.state.gov/major-non-nato-ally-status/>

⁷ <https://population-europe.eu/research/books-and-reports/war-and-future-ukraines-population>

⁸ <https://jstribune.com/rise-of-the-new-spartas/>